

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 25. Juli 2003

Rürup ist nicht die ganze Wahrheit - Bürgerversicherung und Kopfpauschalen springen zu kurz

Bürgerversicherung oder Kopfpauschalen – auf diese beiden Modelle konzentriert sich derzeit die Diskussion über die langfristige Reform des Gesundheitssystems. „Doch die eigentlichen Hauptprobleme – die demographische Entwicklung und fehlender Effizienzwettbewerb zwischen den Krankenkassen – können beide Modelle nicht lösen“, warnt Dr. Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. „Dabei gibt es überlegene Konzepte, mit denen sich auch diese Probleme lösen lassen.“

Alle Prognosen über die Beitragsentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung weisen ohne Reform auf Beitragssätze von deutlich über 20 %, in der Spitze sogar über 30 % hin. Daher braucht das deutsche Gesundheitssystem grundlegendere Strukturreformen, als sie der gerade erzielte vage Kompromiß von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und Horst Seehofer beinhaltet. Das dämmert inzwischen auch der Politik, wie die gerade beginnende Kontroverse über eine Bürgerkrankenversicherung versus Kopfpauschalen zeigt. Diese beiden Konzepte wurden von der Rürup-Kommission als die zwei einzigen Lösungsmöglichkeiten ins Spiel gebracht; eine Einschätzung, die gegenwärtig große Teile der Politik und Presse unkritisch übernehmen.

Dabei ist sie mehr als fragwürdig. Weder lassen sich mit diesen Lösungen, die dem Umlageverfahren verhaftet bleiben, die demographischen Herausforderungen für das Gesundheitssystem der nächsten Jahrzehnte lösen noch stellen sie einen ausreichenden Effizienzwettbewerb her.

Die überlegene Alternative sind risikoäquivalente Versicherungsprämien mit übertragbaren, individuellen Altersrückstellungen. Risikoäquivalente Prämien ermöglichen einen effizienzfördernden und damit kostensparenden Wettbewerb zwischen den Versicherungen. Mit Altersrückstellungen läßt sich das demographische Problem in den Griff bekommen. Verpflichtet man die Versicherungsunternehmen dazu, bei einem Wechsel der Versicherung die individuelle Altersrückstellung mitzugeben, vermeidet man wettbewerbshemmende Lock-in-Effekte, wie sie heute in der privaten Krankenversicherung für ältere Versicherte üblich sind.

Beginnt die Versicherung bei Geburt, wenn die zukünftigen Risikoentwicklung noch hinter einem Schleier der Unsicherheit verborgen liegt, so muß niemand prohibitiv hohe Prämien zahlen. Und wer in späteren Jahren die Versicherung wechseln will, dem wird im Falle eines schlechten Risikos eine hohe, im Falle eines guten Risikos eine niedrige individuelle Altersrückstellung mitgegeben, so daß sich die Entscheidung über einen Versicherungswechsel allein an der Effizienz der Versicherungen orientieren kann. Klar ist auch: Wer seine Prämie nicht eigenständig finanzieren kann, muß durch das Steuer-Transfer-System unterstützt werden.

Einwände gegen risikoäquivalente Prämien nicht gerechtfertigt

Zwei Einwände werden gegen risikoäquivalente Prämien und übertragbare Altersrückstellungen erhoben. Zum einen bezweifeln Kritiker, daß sich die Höhe der individuellen Altersrückstellungen zwischen den Versicherungsunternehmen einvernehmlich bestimmen lasse. Versicherungsunternehmen können jedoch relativ gut die Altersrückstellungen für ganze Versicherungsjahrgänge berechnen. Sie müssen daher lediglich noch die Gesamtrückstellung auf die Individuen aufteilen, was prinzipiell möglich ist. Freilich hatte bisher niemand ein Interesse daran. Denn die privaten Krankenversicherungen profitieren davon, daß bei einem Wechsel der Versicherung Altersrückstellungen nicht übertragbar sind, sondern wettbewerbshemmend an das alte Unternehmen fallen. Zum anderen kann ein kapitalgedecktes Verfahren seine Stärken nur dann voll ausspielen, wenn es rechtzeitig eingeführt wird, d.h. bevor große demographische Strukturbrüche ins Haus stehen. Andernfalls lassen sich Zusatzbelastungen für eine Generation nicht vollständig vermeiden. Die gesetzlichen Krankenkassen weisen gegenwärtig eine implizite Verschuldung – in Form von zukünftigen Ansprüchen gegen das System – von mehreren hundert Milliarden Euro auf. Diese müssen von zukünftigen Generationen aufgebracht werden und lassen sich auch durch den Umstieg auf ein besseres System nicht vermeiden. Um so dringender ist aber ein möglichst schneller Einstieg in ein kapitalgedecktes System, damit dieser implizite Schuldenberg nicht noch weiter anwächst.

Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler

Tel.: (030) 20 60 57 – 33

Email: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de